abgesehen, von einer Fleisch- oder Viehnot zu sprechen. Die Ziffern des Auftriebes auf unserem Schlachthofe verbieten das. Es sind nämlich im ganzen nur etwa 600 Stück Schlachtvieh während der ersten neun Monate des laufenden Jahres weniger aufgetrieben worden als in der entsprechenden Periode des vorigen Jahres, also eine Zahl, meine Herren, die bei einem Auftriebe von rund 240—250 000 Schlachttieren kaum sehr in Betracht kommt. Es sind sogar mehr aufgetrieben worden Rinder, Kälber und Schafe, letztere mehr etwa 1800 Stück, dagegen weniger Schweine 3300 Stück. Die Preise haben sich erst im letzten Monat sehr bedeutend nach oben entwickelt. Während sie in den Monaten bis August um etwa 1—2 Mk. auf 50 Kilogramm Schlachtgewicht höher waren, als im vorigen Jahre, sind sie im August wesentlich darüber gestiegen und sind durchschnittlich im August für Ochsen um 7 Mk. höher als im vorigen Jahre, für Bullen um 12 Mk., für Kühe und Kalben um 6 Mk., für Kälber um 8 Mk., für Schafe um 6 Mk. 50 Pfg. und für Schweine um 14 Mk. höher, aber alles, meine Herren, auf 50 Kilogramm Schlachtgewicht bezogen. Das ist also auch vielleicht nicht so schlimm, daß man sagen kann: Es ist eine derartige Not vorhanden, daß die Bevölkerung darunter ernstlich in ihrer Gesundheit und Ernährung gefährdet ist. Ich glaube, soweit kann man in Dresden wenigstens kaum gehen, obwohl es natürlich im hohen Maße unerwünscht ist, daß die Fleischpreise in dieser Weise gestiegen sind. Meine Herren! Sie alle und ich mit werden es am eigenen Beutel erfahren haben, wie erheblich mehr man an den Fleischer zu zahlen hat, und bei vielen Leuten wird es dazu geführt haben, daß sie von dem Genusse des Fleisches absehen müssen. Aber wenn Sie diese Zahlen vergleichen, meine Herren, so werden auch Sie zu der Ansicht gelangen, daß noch ein anderer Umstand vorliegt, welcher die Preise in die Höhe getrieben hat. Wegen des um 600 Stück Schlachtvieh geringeren Auftriebes würden die Preise nicht in dem Maße gestiegen sein. Es kommt dazu, daß wir in Dresden und in Sachsen überhaupt bessere Lohnverhältnisse haben, als im vorigen Jahre, daß sich die Nachfrage nach Fleisch gesteigert hat und infolgedessen die Preise gestiegen sind, weil das Angebot der Nachfrage nicht gefolgt ist. Wir müßten eigentlich, wenn man die normale Entwicklung zu grunde legt, in diesem Jahre nicht einen um 600 Stück geringeren, sondern einen um Tausende von Schlachtviehstücken stärkeren Auftrieb auf dem Viehhofe haben, denn es hat sich die Bevölkerung vermehrt und die Lohnverhältnisse haben sich gebessert, und es müßte deshalb der größeren Nachfrage entsprechend ein größeres Angebot eingetreten sein. Ist nun letzteres ausgeblieben, so erklären sich diese Preissteigerungen zugleich auch aus diesen Umständen. Es ist nun ungemein schwierig, zu behaupten, daß durch die Oeffnung der Grenzen, wie wir sie erstreben, plötzlich eine Preisermäßigung eintreten wird. Es ist auch schwierig, zu behaupten, obwohl es in der Presse vielfach geschehen ist, daß die Preise in zwei bis drei Monaten — andere sagen Wochen — ohne Oeffnung der Grenzen erheblich zurückgehen würden, weil inzwischen die Züchtung von Schlachtvieh so enorme Fortschritte in Deutschland gemacht habe, daß der Markt mehr angefüllt werde. Da steht Behauptung gegen Behauptung und niemand weiß von vornherein, wie sich die Lage und die Verhältnisse entwickeln werden. Jedenfalls aber, meine Herren, wird es unsere Pflicht sein — und das wird wohl von allen Seiten anerkannt werden —, Maßnahmen, wenn irgend möglich, zu ergreifen, um eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen (vielfaches Bravo) auch in der Zwischenzeit, bis unsere Züchter nach ihren eigenen Angaben in der Lage sein werden, mehr Fleisch auf den Markt zu bringen. Wie das möglich sein wird, darüber waren die Meinungen der Herren, die ich gefragt habe, sehr verschieden. Die meisten meinten, es würde wohl nur Dänemark in Frage kommen, andere wiesen auf Italien hin und es wurde festgestellt, daß neuerdings sogar nach Oesterreich-Ungarn große Mengen von lebenden Schweinen aus Italien importiert worden sind; also nach einem Lande, das einen erheblichen Export gehabt hat, sind eine Menge von Schweinen importiert worden. Sie wissen, meine Herren, daß Wien ebenfalls Maßnahmen getroffen hat, um die Fleischnot durch Kommunalschlachtungen zu beseitigen. Der Erfolg ist meines Erachtens nicht sehr durchschlagend gewesen; ich glaube nicht, daß wir unsererseits dazu kommen werden. Ich hoffe aber, daß unsere Königl. Staatsregierung unsere Bitte und unser Streben in der angegebenen Richtung unterstützen wird, da es sich nicht um dauernde, sondern nur um vorübergehende, kurze Zeit währende Maßnahmen handeln wird. Wie sich die Reichsregierung und die preußische Regierung zu der Sache verhalten werden, ist ungewiß, da sie, wie Sie in den letzten Tagen erst gelesen haben, gegenüber der Petition der Fleischer eine nahezu gänzlich ablehnende Haltung eingenommen haben. Wir dürfen uns aber nicht abhalten lassen, unsererseits vorstellig zu werden, und es soll das mit den nötigen Unterlagen in den allernächsten Tagen geschehen." (Lebhaftes Bravo.)

— Das Stadtverordneten-Kollegium in Freiberg beschloß vorgestern angesichts der Fleischteuerung eine Petition an die Staatsregierung zu richten, in der gebeten wird, die ihr geeignet erscheinenden Mittel zu ergreifen, um eine Milderung der hohen Fleischpreise herbeizuführen. Der Petition ist statistisches Material über die Preisbewegung in den letzten 10 Jahren beigegeben worden.

— In Sachen der Eisenbahn-Personentarifreform wurde dem Verband reisender Kaufleute Deutschlands in Leipzig, der an dieser Reform besonders interessiert ist und seit Jahren schon für eine zeitgemäße Abänderung des heutigen Tarifsystems agitiert hat, eine Audienz im Eisenbahnministerium in Berlin bewilligt, an welcher der Vorstand (die Herren Viktor Hugo Mueller und Hermann Pilz), sowie der Vorsitzende des Aufsichtsrats Herr Georg Haase und die Obmänner der Mittel- und Ostdeutschen Verkehrskommission vom Verbande (die Herren Volkmer-Dresden und Pfabel-Königsberg) teilnahmen. Die Deputierten wurden, wie die „Leipz. N. N." mitteilen, vom Minister v. Budde und dem Wirkl. Geh. Rat Stieger empfangen. Nachdem Direktor Mueller dem Minister für das bewiesene Entgegenkommen gedankt, entwickelte Herr v. Budde den Erschienenen in längerer Rede die Vorteile, welche die geplante Reform gerade für den Handelsstand haben werde, so daß er erstaunt gewesen sei, gerade in diesen Kreisen noch auf Widerspruch zu stoßen. Herr Syndikus Hermann Pilz referierte sodann über die Ansichten und Wünsche, welche der Stand der reisenden Kaufleute in bezug auf die Reform hegt und hob alle Bedenken hervor, welche man gegen diese Reform erhoben hat. Namentlich das Preisgeben des Freigepäcks und der Schnellzugszuschlag und die damit verbundene Verteuerung des Reisens habe Beunruhigung hervorgerufen. Hinsichtlich des Schnellzugs-Zuschlags erfolgten Aufklärungen, nach denen sich die Deputation für befriedigt erklären mußte, da es sich nicht um die Einführung, sondern nach den neuen Plänen um die Abschaffung des kilometrischen Schnellzugs-Zuschlags handelt, und wie für einzelne Schnellzüge im internationalen Verkehr und solche, die große Strecken schnell durchlaufen sollen, eine Platzgebühr erhoben werden soll, welche diese Züge von solchen Passagieren befreit, die nur für Nahverkehr in Frage kommen. Bezüglich der Aufhebung des Freigepäcks äußerte sich der Minister dahin, daß hier ein Kompromiß vorläge. Süddeutschland habe soviel Opfer bringen müssen, daß er ihm habe auch ein Entgegenkommen zeigen müssen. Als Aequivalent dafür habe der reisende Kaufmann die größere Dispositionsfreiheit durch die Abschaffung der Rückfahrkarte und die Einführung der einfachen Fahrkarte zum Preise des Retourbilletts, die Abschaffung des kilometrischen Schnellzugs-Zuschlags (der auch in Preußen bei einfacher Fahrt erhoben wird) und den Gepäckfrachtrückzug bei den höheren Gewichtssätzen. Von Herrn Pfabel-Königsberg wurde ebenfalls für Beibehaltung des Freigepäcks warm eingetreten, desgleichen der Vorschlag gemacht, nach österreichischem Vorbilde den reisenden Kaufleuten 50 oder 25 Prozent Ermäßigung auf ihre Musterkoffer zu gewähren, welch letzteres jedoch von dem Minister abgelehnt wurde. Dagegen soll die Frage erwogen werden, inwieweit eine Beförderung der Musterkoffer als Eilgut mit den Personenzügen eintreten kann.

— Da es im Hinblick auf das vereinzelte Auftreten der Cholera in entfernten Teilen des Reiches immerhin nicht völlig ausgeschlossen erscheint, daß einzelne Fälle auch nach dem Königreich Sachsen eingeschleppt werden können, nimmt das Ministerium des Innern Veranlassung, die Polizeibehörden auf die ihnen beim Auftreten der Cholera obliegenden Verpflichtungen noch besonders hinzuweisen und sie anzuhalten, vorkommendenfalls die Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten vom 30. Juni 1900 und die Ausführungsbestimmungen zur Bekämpfung der Cholera genau zu befolgen. Gleichzeitig wird auf die durch Verordnung vom 23. März 1904 den Polizeibehörden als Richtschnur empfohlene, im Bundesrate festgestellte Anweisung zur Bekämpfung der Cholera nochmals aufmerksam gemacht. Ganz besonders ist darauf zu achten, daß die Anzeigepflicht bei Erkrankungen an Cholera und choleraverdächtigen Erkrankungen strengstens eingehalten wird. Wichtig für die Bekämpfung der Cholera ist die möglichst schnelle Feststellung der Krankheit durch bakteriologische Untersuchung. Als Untersuchungsstellen sind bestimmt: die Zentralstelle für öffentliche Gesundheitspflege zu Dresden, das pathologische Institut der Stadt Dresden (nur für den Bezirk der Stadt Dresden) und das hygienische Institut der Universität Leipzig. Die behandelnden Aerzte können zu schneller Feststellung wesentlich dadurch beitragen, daß sie mit möglichster Beschleunigung Untersuchungsmaterial an die vorerwähnten Untersuchungsstellen einsenden, auch schon bevor der beamtete Arzt in Tätigkeit getreten ist.

— Die am 5. Juli in Dresden verstorbene Privata Frl. Christiane Jäuchen hat in ihrem Testamente der Kleinkinderbewahr-Anstalt und der Kinderarbeitsschule in Bautzen Legate von je 3000 Mark ausgesetzt.

— Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband hatte für vorgestern abend eine große öffentliche Versammlung nach Meinholds Sälen einberufen, in welcher die Frage erörtert wurde, wie sich der Handlungsgehilfe zur Ortskrankenkasse zu verhalten habe. Der Referent war Herr Elberding-Köln. Eröffnet wurde die Versammlung von dem stellvertretenden Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe, Herrn Schirmacher, mit einem Hoch auf Kaiser und König. Hierauf führte Herr Elberding etwa folgendes aus: In Sachsen habe man schon seit geraumer Zeit den Versicherungszwang in der Ortskrankenkasse auch für die Handlungsgehilfen mit einem Gehalte bis zu 2000 Mk. Im Reiche habe man von dem Rechte der Gemeinden, diesen Zwang einzuführen, nicht immer Gebrauch gemacht, und dies sei der Anlaß geworden zur reichsgesetzlichen Einführung des Zwanges. Die Sache liege bekanntlich so, daß jeder Handlungsgehilfe mit einem Gehalte bis zu 2000 Mk. gezwungen sei, Mitglied der Ortskrankenkasse zu werden, wenn er nicht nachzuweisen vermöge, daß er einer anderen Kasse angehöre. Aus diesem Grunde entfalte sich alle Jahre um die Herbstzeit eine rege Agitation für die kaufmännischen Hilfskassen, da Ende September der Kündigungstermin für den nur einmal und zwar am Ende des Jahres zu bewerkstelligenden Austritt aus der Ortskrankenkasse ist. Wenn er heute für den Austritt plaidiere, so liege es ihm gänzlich fern, die Ortskrankenkassen irgendwie grundsätzlich angreifen zu wollen. Diese seien für die breite Masse der Handarbeiter gewiß eine ideale Einrichtung und von großem Segen. Nur für den Handlungsgehilfen sei die Ortskrankenkasse nicht geeignet. An Beitrags- und Leistungsziffern wies sodann der Redner ausführlich nach, daß die Ortskrankenkasse wesentlich teurer sei und weniger leiste, als beispielsweise die Kasse des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, wobei er die Sätze der Dresdner Ortskrankenkasse zum Vergleiche heranzog. Allerdings nehme die kaufmännische Hilfskasse nur gesunde Personen auf, könne dafür aber für diese um so mehr leisten, während die Ortskrankenkasse durch die gezwungenermaßen wahllose Aufnahme, sowie durch die Aufnahme auch der weiblichen Personen erheblich zu ihren Ungunsten belastet werde. Außerdem seien die Ortskrankenkassen rein örtliche Institute. Was das bedeute, werde fast jeder bei Stellenwechsel am eigenen Leibe erfahren können. Die Leistungen der einzelnen Kassen seien nämlich an den verschiedenen Orten, je nach der Geschäftslage, verschieden, und es könne häufig vorkommen, daß bei gleichen Beiträgen in einem anderen Orte die Leistung eine erheblich niedrigere sei. Die Versicherung in der Ortskrankenkasse entbehre also der Stetigkeit, und zwar auch noch aus einem anderen Grunde. Werde der Handlungsgehilfe stellenlos, so habe er erhöhten Nachteil. Der Prinzipal meldet ihn dann für den Tag des Abganges aus der betreffenden Krankenkasse ab, deren Mitgliedschaft und damit sein Recht auf Unterstützung der Gehilfe nach dem Abmeldetermin nur noch drei Wochen behält. Ist er längere Zeit stellenlos und wird nach Verlauf dieser drei Wochen krank, so ist er dem größten Elend preisgegeben, wenn er allein steht. Allerdings kann er ja freiwillig weiter versichern, meist liegt doch aber die Sache so, daß der Gehilfe mit dieser Tatsache unbekannt ist, weil die Geschäfte mit der Ortskrankenkasse in der Prinzipal geführt und der Gehilfe hiervon gar nichts erfahren hat. Und wenn er es weiß, ist er häufig gar nicht einmal pekuniär in der Lage, weiterzuversichern, da er Ersparnisse nicht hat machen können und es ihm infolgedessen am nötigsten fehlt. Ein weiterer Uebelstand sei die bei vielen Ortskrankenkassen eng, ja engstens begrenzte Arztwahl und die oft wenig befriedigende, an Sorgfalt und Gediegenheit zu wünschen übrig lassende Behandlung durch die Kassenärzte. Zwar haben auch die kaufmännischen Hilfskassen zuweilen bestimmte Kassenärzte, meist und namentlich bei dem deutschnationalen Verbande sei jedoch freie Arztwahl durchgeführt und die ärztlichen Leistungen würden fast ebenso hoch bezahlt, wie in der Privatpraxis. Endlich komme noch ein weiterer Uebelstand bei der Ortskrankenkasse in Betracht. Ueberschreite ein Handlungsgehilfe, der schon in die Jahre gekommen sei, nach langem Bezug eines geringeren Gehaltes die Grenze von 2000 Mk. und wolle nun, da die Sätze einer kaufmännischen Hilfskasse infolge seines Alters für ihn zu hoch sind, freiwillig in der Ortskrankenkasse weiterversichern, so könne es ihm sehr leicht passieren, daß die Kasse seine Aufnahme als freiwilliges Mitglied verweigere, zumal wenn er zur Zeit seines Antrages krank ist. Alle diese unangenehmen Eventualitäten könne ein Handlungsgehilfe vermeiden, wenn er einer kaufmännischen Hilfskasse beitrete. Diese und hier namentlich die Kranken- und Begräbniskasse des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes erfreue sich einer absoluten Stetigkeit in bezug auf ihre Leistungen. Bei der erwähnten Verbandskasse werde sogar ab 1. Januar 1906 die Freizügigkeit auch auf das ganze europäische Ausland ausgedehnt werden ein Vorteil, der von ungeheurer Tragweite sei. Redner forderte deshalb zum Austritt aus der Ortskrankenkasse und zum Eintritt in die Kasse des Deutschnationalen Verbandes auf, für den er im zweiten Teile seiner Ausführungen unter spezieller Hervorhebung der sozialen Leistungen des Verbandes und seines energischen Eintretens für Standesfragen Propaganda machte. Gegen ½12 Uhr schloß der Redner seinen etwa zweistündigen Vortrag. An diesen schloß sich noch eine Debatte, an welcher sich namentlich Vertreter der Ortskrankenkasse beteiligten.

— Auf die dankenswerte Anregung einer Dame kursiert jetzt unter der Bewohnerschaft des Schweizer Viertels ein Gesuch, welches an die Gesellschaft Dresdner Fuhrwesen gerichtet werden soll und dahingeht, daß die Omnibusfahrten, welche jetzt auf der Strecke Schloßplatz—Hauptbahnhof—Reichenbachstraße stattfinden, in Zukunft auf der Hinfahrt vom Hauptbahnhofe durch die Bismarck-, Kaiser Straße, Eisenstuckstraße und auf der Rückfahrt von dort durch die Bernhardtstraße nach dem Hauptbahnhofe geleitet werden. Diese Einrichtung würde zweifellos von den Bewohnern des Schweizerviertels mit großer Freude begrüßt werden und die Gesellschaft dürfte auch dabei ihre Rechnung finden, zumal die in der Gegend der Reichenbachstraße gelegene Bewohnerschaft durch die neueingerichtete Straßenbahnlinie Reichenbachstraße—Neustädter Bahnhof eine direkte Verbindung bis zum Schloßplatze erhalten hat, was ja, für den Besuch der Theater namentlich, von Bedeutung ist.

— Die in den Räumen der Gartenbauschule stattfindende Pilzausstellung ist durch zahlreiche Pilzarten vermehrt worden. Außerdem ist auch die Weinschädigung durch Mehltau in allen Stadien ausgestellt.

— Der Victoria-Salon bringt heute, Sonntag, in zwei Vorstellungen (½4 und ½8 Uhr) eine neue Reihe ungarischer Nationallieder und -Tanzweisen, vorgetragen vom Hofprimas Rigo und seiner Zigeunerkapelle. Die Nachmittags-Vorstellung wird, wie üblich, zu kleinen Preisen unverkürzt gegeben.

— Die heutige Nachmittags-Vorstellung im Central-Theater beginnt ½4 Uhr bei ermäßigten Preisen; die Abendvorstellung findet ½8 Uhr bei gewöhnlichen Preisen statt.

— Wie bereits mitgeteilt, finden von heute, Sonntag, bis Montag, den 9. Oktober im Vereinshause (Zinzendorfstraße) kinematographische Elitevorführungen der „Kosmographia" (Wissenschaftliches Theater) statt. In dem reichen Programm befinden sich u. a. mikroskopische Studien unter Anwendung des Kinematographen. Welche überraschenden Einblicke sich bei einer Kombination von Mikroskop-Kinematographen eröffnen müssen, dürfte selbst dem Laien ohne weiteres klar sein. Ferner kommen zur Darstellung kinematographische Bilder vom Rennen der Motorboote in Monaco, dem Pferderennen in Auteuil, Hörnerschlittenfahrten, Schneeschuhlaufen rc. aus der Schweiz; Transformationen, und wahrhaft überraschende Phantasiebilder, welche aus der Zusammenstellung verschiedener Aufnahmen zu einer einzigen im Kinematographen entstehen. Eine Nordlandsfahrt im Strahle der Mitternachtssonne. Von Panoramen: die wunderbaren Springbrunnen in Versailles, ein Ausflug nach Italien, das deutsche Kriegsschiff „Undine" im Feuer, Exerzitien mit einem Militär-Luftballon, Stapellauf eines Rettungsbootes in Torquay. Ferner heitere Szenen verschiedenster Art, plastische Tänze usw. Das überaus reichhaltige Programm verspricht eine ganz ungewöhnlich fesselnde Unterhaltung.

— Die heutige Nummer d. Bl. enthält zwei Sonderbeilagen: für die Stadtauflage einen Prospekt vom Sanitäts-Basar „Thalysia", Reform-Haus (Inh.: P. Carms, Schloßstraße 18), und eine Preisliste der Firma Hans Martin, Berliner Straße 23, hier, Brennmaterialien betreffend.

Friedensplan für Deutsch-Südwestafrika.

In einem Artikel, von dem sie mitteilt, daß er ein Bild davon gibt, wie sich der neue Gouverneur v. Lindequist die Herstellung des Friedens in der ihm unterstellten Kolonie vorstellt, schreibt die „Köln. Ztg.":

Im Süden erscheint es uns möglich und angebracht zu sein, mit Morenga und seinen Anhängern Frieden zu schließen. Morenga und seine Unterführer haben sich während des bisherigen Verlaufs des Aufstandes als tapfere und anständige Feinde erwiesen, die es verschmäht haben, wehrlose oder nicht im Kriege mit ihnen begriffene Europäer zu ermorden. Man braucht daher die Leute Morengas nicht wie Meuchelmörder, die der Todesstrafe verfallen sind, zu behandeln, sondern man kann ihnen Leben und Freiheit gewährleisten, falls sie sich freiwillig stellen, ihre Waffen abliefern und sich damit einverstanden erklären, daß sie weiter im Norden der Kolonie, fern von der englischen Grenze, in einem geschlossenen größeren Reservate angesiedelt werden. Eine solche örtliche Verschiebung von Eingeborenen innerhalb des Schutzgebietes ist nicht ohne Vorgang. Im Gegensatze zu der Behandlung der Leute Morengas sollte man denjenigen Witbois mit keinerlei Friedensverhandlungen entgegenkommen. Sie haben sich gezeigt als gemeine, hinterlistige Meuchelmörder, wie am besten daraus hervorgeht, daß sie Herrn v. Burgsdorff, den jeder als ihren großen Wohltäter bezeichnen muß, hinterrücks erschossen haben, als er sie vom Kriege zurückhalten wollte. Sie sind in den Aufstand eingetreten ohne jede Veranlassung, nur weil ihnen die Zeit günstig zu sein schien, die deutsche Herrschaft abzuschütteln. Man muß sie verfolgen und bekämpfen, bis sich der Rest von ihnen auf Gnade oder Ungnade ergibt. Die schuldigen Führer und überführten Meuchelmörder sind alsdann zum Tode durch den Strang zu verurteilen und die Uebrigbleibenden sind zu deportieren. In der Kolonie sind sie wirtschaftlich ohne Nutzen, da sie weder als Viehzüchter noch als Arbeiter etwas taugen, und auf die übrigen Eingeborenen Südwestafrikas kann es nur von gutem Einfluß sein, wenn diese Nichtsnutze einem anderen Schutzgebiete als Zwangsarbeiter überwiesen werden.

Dem Stamme der Herero gegenüber ist damit fortzufahren, auf friedlichem Wege die wirkliche allgemeine Waffenübergabe und die persönliche Gestellung zu erreichen. Um zu diesem Ziele zu gelangen, wird man sich der guten Dienste der alten einflußreichen Herero-Missionare zu bedienen haben. Hierbei wird es sich wohl empfehlen, daß der den Herero bekannte Gouverneur Lindequist eine Verkündigung erläßt, deren Inhalt durch die Missionare die weiteste Verbreitung gegeben wird, in dem Sinne, daß die deutsche Verwaltung mit dem Stamme der Herero jetzt Frieden halten will und allen, mit Ausnahme der nun namentlich aufzuführenden Leuten, Verzeihung gewährt, daß aber ein jeder Herero, der nach vier Wochen noch im Besitze von Feuerwaffen oder Munition gefunden wird, kriegsgerichtlich zum Tode verurteilt werden wird. Die von der allgemeinen Amnestie ausgenommenen Herero wären mit kriegsgerichtlichem Verfahren in Abwesenheit zum Tode zu verurteilen und auf ihre Ergreifung und Auslieferung ein Preis zu setzen. Es ist wohl anzunehmen, daß es sich bei der englischen Regierung erreichen läßt — wir können uns hierbei darauf berufen, daß seinerzeit in Deutsch-Ostafrika der im Kampfe mit den Engländern von Mombassa übergetretene arabische Scheich Mbaruk von uns weit von der englischen Grenze entfernt bei Dar-es-Salaam angesiedelt wurde —, daß die auf englisches Gebiet übergetretenen und jetzt beim Ngami-See internierten Herero nach dem englischen Südafrika, vielleicht Natal, übergeführt werden. Hierauf ist zu dringen, da die übergetretenen Herero in der Nähe unserer Grenze ein fortwährendes Element der Beunruhigung für die uns verbliebenen Herero bilden würden. Letztere sind in großen, unter der Beobachtung fester Polizeistationen stehenden Reservaten anzusiedeln. Während das ganze Hererovolk an sich kriegsrechtlich dem Stamme abzusprechen ist, sind die Reservatgebiete ihnen als Pachtland gegen eine jährliche, ursprünglich geringe, aber mit ihrem zunehmenden Wohlstande zu steigernde Abgabe zu überlassen. Ein Verlassen der Reservatgebiete ohne polizeiliche Erlaubnis ist unter Strafe zu stellen. Aber die angesiedelten Herero sind in jeder Weise human zu behandeln und wirtschaftlich zu kräftigen durch Viehabgabe und erzieherische Einwirkung auf ihr wirtschaftliches Leben, damit sie Vertrauen zu der deutschen Verwaltung gewinnen und im Laufe der Jahre vermöge ihrer guten Anlagen als Viehzüchter und Arbeiter in der Kolonie ein wirtschaftlich wirklich nützliches Element bilden. Die Ovambofrage braucht durchaus nicht aufgerollt zu werden. Aber da die nördlichen Stämme die deutsche Regierung sonst mit Recht der Schwäche zeihen würden, ist mit dem Häuptling Nechale, der zu Beginn des Aufstandes mit zum Angriffe auf die Deutschen vorging, gründlich abzurechnen. Besondere Schwierigkeiten wird das jetzt, wo die Otavi-Eisenbahn schon bis auf 40 Kilometer nördlich Omaruru vorgetrieben ist, nicht haben.

Mit diesem Programm, meint die offiziös bediente „Münch. Allg. Ztg.", würde man sich durchaus zufrieden geben können. Es vereinigt den energischen Willen, die deutsche Herrschaft endlich auf sichere Füße zu stellen, mit der Einsicht, daß die kulturfähigen Elemente unter den Eingeborenen der Kolonie erhalten werden müssen. Es vermeidet unnötige Härten, schreckt aber auch vor strengen Maßnahmen, da wo sie unbedingt nötig sind, nicht zurück. Gleichzeitig scheint es auch nicht unmöglich, daß die Pläne des Herrn v. Lindequist in absehbarer Zeit zur Durchführung gebracht werden können.

Tagesgeschichte.

Zur Lage in Rußland.

Wie der Darmstädter Korrespondent der „Frankf. Ztg." aus sicherer Quelle erfährt, entbehrt die Nachricht, der Kaiser von Rußland werde sich mit seiner Familie demnächst zu längerem Aufenthalte nach Darmstadt begeben, der Begründung. Am hessischen Hofe ist von einer solchen Absicht des Zaren nichts bekannt.

Der Minister des Innern Bulygin hat den Zaren um seinen Abschied gebeten, da er sich sehr angegriffen fühle. Der Zar drückte darauf den Wunsch aus, daß Bulygin unbedingt bis zum Februar, also bis zum Zusammentritt der Reichsduma, auf seinem Posten verbleibe.

Reformen für den Kaukasus sollen nunmehr eingeführt werden, nachdem das bisherige System Schiffbruch gelitten hat. Es verlautet aus guter Quelle, daß dem neuernannten Statthalter für den Kaukasus folgender Reorganisationsplan unterbreitet wird: 1. Das Gebiet soll dieselben Verwaltungsformen haben wie im eigentlichen Rußland und Vertreter aller Klassen ohne Unterschied der Nationalität oder Konfession zur Volksvertretung entsenden; 2 alle Bewohner Kaukasiens genießen ohne Unterschied gleiches Recht; 3 Vereinfachung aller Formalitäten bei wissenschaftlichen, handelsindustriellen usw. Unternehmungen; 4 allgemeine Schulpflicht; 5. Errichtung einer Universität, eines Technikums, einer landwirtschaftlichen Schule und mehrerer Mittelschulen; 6. Preßfreiheit; 7. größere Fürsorge um die Montan- und Naphthaindustrie und Konzentrierung dieser Fürsorge im Handelsministerium; 8. zur Kommission unter dem Vorsitz des russischen Finanzministers, sowie zu anderen Kommissionen Vertreter aller Bevölkerungsklassen heranzuziehen. Außerdem soll ein besonderer Ausschuß gewählt